

Martin Nonhoff

Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt Eine Übung in funktionalistischer Diskursanalyse

Vortrag am 1. Juli 2005, Paris XII, Créteil

Einleitung

Im Lauf der vergangenen Wochen wurden wir in Deutschland Zeugen des beginnenden Wahlkampfs. Aus einer mehr oder weniger verzweifelten Lage heraus sind dabei die deutschen Sozialdemokraten bemüht, die sozial- und wirtschaftspolitische Alternative derart zuzuspitzen, dass sie den Politikentwurf der rot-grünen Regierung, der als „Soziale Marktwirtschaft“ präsentiert wird, dem als „Marktradikalismus“ bezeichneten Gegenentwurf der konservativ-liberalen Opposition gegenüberstellen. Allerdings sind es keineswegs nur die Sozialdemokraten, die sich darauf berufen, „Soziale Marktwirtschaft“ zu verfechten. Ganz im Gegenteil war es die CDU, die dieses Konzept in den späten 1940er Jahren in den politischen Diskurs einführte und seitdem zum Bestand ihrer Programmatik zählt. Heute rufen die Christdemokraten nach einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ und finden für dieses Projekt Verbündete in wirtschaftsnahen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Nimmt man all das Gesagte zusammen, so scheint es gerechtfertigt, von einer Hegemonie im deutschen sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs auszugehen, in deren Zentrum das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ steht. Ich will im Folgenden dem Funktionieren dieser Hegemonie nachspüren und dabei die Mechanismen diskursiver Hegemonien im Allgemeinen untersuchen.

Funktionalistische Diskursanalyse

Ich verfolge dieses Unterfangen im Rahmen dessen, was man eine *funktionalistische Diskursanalyse* nennen kann. Diese Form der Diskursanalyse zielt weder darauf ab, bestimmte diskursive Räume zu kartographieren (dies wäre das Ziel einer räumlichen Diskursanalyse), noch untersucht sie einzelne Momente des diskursiven Wandels oder Bruchs (dies wäre das Ziel einer temporalen Diskursanalyse). Vielmehr will eine funktionalistische Diskursanalyse ein Verständnis von spezifischen diskursiven Mechanismen gewinnen – in diesem Fall vom Mechanismus der Hegemonie. Da ihr Untersuchungsgegenstand also bedingt verallgemeinerbare Eigenschaften von Diskursen sind, muss jede funktionalistische Diskursanalyse mit gründlicher Theoriearbeit beginnen, um die Plausibilität der Ergebnisse dieser Theoriearbeit anschließend in der empirischen Analyse zu testen und die Theorie so ggf. anzupassen und zu verbessern.

Die folgenden Ausführungen beruhen auf der grundlegenden definitorischen Annahme, dass sich der Sachverhalt der Hegemonie als eine (a) diskursive und (b) politische Form der

(c) Vorherrschaft beschreiben lässt. In den folgenden drei Schritten werde ich erörtern, was diese drei Eigenschaften bedeuten und wie sie zusammenhängen. Das Ergebnis dieser Theoriearbeit wird eine Arbeitsdefinition von „Hegemonie“ sein, auf die aufbauend wiederum – und dies ist der entscheidende methodische Schritt – ein Gefüge der hegemonialen Strategie entworfen werden kann. Das Funktionieren dieser hegemonialen Strategie soll dann in der empirischen Analyse rekonstruiert werden. Vorab sei noch erwähnt, dass meine Analyse sich insbesondere auf die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe stützt (vgl. v.a. Laclau/Mouffe 1985; Laclau 1994; 1996; 2000a; 2000b; 2000c).

Diskurs

Wenn hier von Diskursen gesprochen wird, so sind damit komplexe gesellschaftliche Prozesse der Sinnproduktion gemeint. Als solche zeichnen sie sich insbesondere durch zwei Eigenschaften aus. Einerseits beruhen sie auf Differenz, oder genauer auf Akten der Differenzierung zwischen diskursiven Elementen, die erst infolge der Differenzierung distinkte Elemente werden. Diese diskursiven Akte werden in Anlehnung an Laclau/Mouffe (Laclau/Mouffe 1985: 105) als Artikulationen bezeichnet. Andererseits sind Diskurs und der in ihnen erzeugte Sinn durch eine prinzipielle Instabilität geprägt, die daher rührt, daß es keinen fixen externen Bezugspunkt außerhalb des diskursiven Sinns gibt. Das heißt nicht, daß es nicht in sich relativ stabile Regionen im Diskurs geben kann. Es heißt vielmehr, daß diskursive Strukturen weder als völlig fixe noch als komplett labile, sondern als grundsätzlich *bewegliche*, wenn auch als häufig nur wenig *bewegte* Strukturen verstanden werden müssen.

Diese grundlegenden diskurstheoretischen Überlegungen führen zu zwei Schlussfolgerungen. Erstens muss man, wenn man Hegemonie als diskursives Phänomen begreift, offensichtlich eine dynamische Konzeption der Hegemonie entwerfen: Hegemonien bestehen niemals als statische Strukturen, sondern sind als Praxis kontinuierlicher (Re-)Artikulation von diskursiven Elementen zu begreifen. Zweitens kann man mit Blick auf die „Soziale Marktwirtschaft“ nicht von der Existenz einer stehenden (mithin statischen) Bedeutung ausgehen. Vielmehr wird diese Bedeutung im Zuge von Artikulationsprozessen immer wieder aufs Neue rekonstituiert. Jede Behauptung einer fixierten Bedeutung muss hingegen selbst als hegemoniale Geste betrachtet werden.

Der erwähnte kontinuierliche Prozess der Artikulation und die damit einhergehende Instabilität des Diskurses führen zu dem bekannten diskursanalytischen Problem, dass die hohe Komplexität und Beweglichkeit jeden Versuch, eine Formierung diskursiver Elemente und ihres (sich wandelnden) Sinns exakt zu beschreiben, immens erschweren, wenn nicht vollends torpedieren. Im Rahmen eines funktionalistischen Ansatzes der Diskursanalyse erscheint dieses Problem weniger gravierend, weil sie ohnehin nicht danach strebt, einen Diskurs (oder eine Diskursregion) zu kartographieren. Indem sie sich auf diskursive Mechanismen konzentriert, besteht das Ziel eben weniger darin, spezifische diskursive Elemente detailliert zu rekonstruieren, als vielmehr darin zu untersuchen, welche Beziehungen und regelmäßigen Beziehungsmuster sich zwischen diesen Elementen

entwickeln. Um dieses Ziel verfolgen zu können, benötigt man als „Handwerkszeug“ ein Set der Arten von Beziehungen, die sich zwischen diskursiven Elementen herausbilden können. Obwohl die Zahl von diskursiven Elementen schier unendlich ist, kann man dabei – wie sich schon Foucaults (1997[1969]: 172-75) Überlegungen entnehmen lässt – von einer relativ geringen Zahl von diskursiven Beziehungsarten ausgehen. Die Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe operiert mit nur zwei Beziehungsarten: Differenz und Äquivalenz. Im Zuge meiner eigenen Analysen bin ich jedoch zu der Überzeugung gelangt, dass in politisch-diskursiven Prozessen zwei weitere Beziehungsarten eine wichtige Rolle spielen und dass man somit von den folgenden vier Beziehungsarten ausgehen sollte:

Als grundlegende Beziehungsart kann weiterhin die Differenz gelten: „x ist anders als y“. Diese Beziehung kann jedoch auf drei Arten überformt werden und alle drei Überformungen dienen dazu, in den zunächst gleichförmig strukturierten Raum der Differenz Brüche oder Markierungen einzufügen, so daß ein Raum mit markanten Untergliederungen entstehen kann. Differenzen können also überformt werden als

- Superdifferenz: „x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun“. Diese Art der diskursiven Beziehung ist selten, aber nichtsdestotrotz sehr bedeutend. Mit Hilfe von Superdifferenzen werden verschiedene Diskurse separiert, also z.B. ein Diskurs des Balletts von einem Diskurs des Fußballs oder ein Diskurs der Gerechtigkeit von einem der Effizienz. Superdifferenzen konstituieren mit anderen Worten das Äußere eines Diskurses innerhalb des diskursiven Raums.
- Äquivalenz: „x ist anders als y, geht aber in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“.
- Kontrarität: „x ist anders als y, und steht in Beziehung zu a in Kontrarität zu y“.

Äquivalenz- und Kontraritätsrelationen finden wir ständig im Rahmen hegemonialer Praxis und es wird im Folgenden einfach sein, ihr Funktionieren zu verstehen. Vorerst sei nur noch ergänzt, dass Kontraritäts- und Äquivalenzrelationen einander überlappen können: „x und z sind (different aber) gleichbedeutend insofern sie in Beziehung zu a in Kontrarität zu y stehen.“

Das Politische und der politische Diskurs

Wenn nun Hegemonie als eine spezifische Praxis kontinuierlicher (Re-)Artikulation verstanden werden kann, so wird man die Spezifität dieser Praxis letztlich in den Beziehungsmustern, die in Hegemonien regelmäßig entstehen, erkennen können. Andererseits aber ergibt es, da wir ja den Raum des *politischen* Diskurses untersuchen, durchaus Sinn davon auszugehen, dass das Muster der Hegemonie auf die eine oder andere Weise auf dem Muster des Politischen aufbaut. Ohne an dieser Stelle allzusehr in die Theorie des Politischen einzutauchen, lassen sich im Wesentlichen zwei Theorietraditionen ausmachen: Die eine verbindet sich vor allem mit Carl Schmitt (1996[1932]) und stellt den Konflikt als das zentrale Element des Politischen heraus; die andere orientiert sich am Denken Hannah Arendts (v.a. 1993) und verknüpft das Politische eng mit Gemeinsamen oder dem Allgemeinen einer Gruppe von Bürgern. Obwohl diese beiden Traditionen häufig als miteinander nicht vereinbar gelten, kann man auch argumentieren, dass sie notwendigerweise

zusammen gehören. In Anlehnung an Claude Lefort (1990[1976]; 1990[1983]) besteht dieses Argument darin, dass sowohl der Konflikt als auch die Dimension des Allgemeinen notwendige Bestandteile des Politischen sind, weil der Ort des Allgemeinen ein leerer (und imaginärer) Ort ist. Obwohl dieser leere Ort in letzter Konsequenz niemals gefüllt werden kann, so ruft seine Leere dennoch beständig Konflikte darum hervor, wie er angefüllt werden sollte. Mit anderen Worten: Weil das Allgemeine nur als Mangel existiert, weil es niemals in befriedigender Weise „realisiert“ werden kann, bleibt seine Symbolisierung fortwährend umkämpft. Es sei noch ergänzt, dass sich das Allgemeine in politischen Diskursen nicht nur als das umfassende Allgemeine – etwa als Gemeinwohl – konstituiert, sondern dass es in verschiedener Weise als spezifisches Allgemeines auftritt, z.B. unter dem Aspekt der Sicherheit, der Gerechtigkeit oder des Wohlstands.

Man kann nun im Anschluss an diese Überlegungen als politische Diskurse jene Diskurse verstehen, in denen die symbolische Besetzung des leeren Orts des imaginären Allgemeinen (oder eines seiner spezifischen Aspekte) konflikthaft verhandelt wird. Im hier interessierenden Fall heißt das etwa, daß der deutsche sozial- und wirtschaftspolitische Diskurs, in dem die „Soziale Marktwirtschaft“ zu solcher Prominenz aufstieg, deshalb als politischer Diskurs bezeichnet werden kann, weil in ihm ein spezifisches imaginäres Allgemeines – das ökonomische Wohlergehen der Deutschen – in einer Weise verhandelt wird, die die Konfrontation unterschiedlicher, z.T. entgegengesetzter Vorschläge zur „Erreichung“ oder „Verwirklichung“ dieses Allgemeinen bedingt und damit die spezifische Symbolisierung des Allgemeinen zum Konfliktgegenstand werden läßt.

Hegemonie

Vor dem Hintergrund der eben entworfenen Konzeption des politischen Diskurses läßt sich nun besser verstehen, wie Hegemonien im Sinne politisch-diskursiver Vorherrschaft funktionieren. Denn der Kern einer hegemonialen Formierung besteht darin, dass eine umfassende Forderung in Bezug auf ein spezifisches Allgemeines gestellt wird, und damit von einem singulären Artikulationsort aus sämtliche anderen Forderungen in Bezug auf dieses Allgemeine einverleibt werden (vgl. z.B. Laclau 2000c). Beispielhaft und idealtypisch wäre folgende Forderung als Kern einer hegemonialen Formierung denkbar:

„Solange wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft verwirklichen, wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt. Weil also Soziale Marktwirtschaft jene allgemeine materielle Wohlfahrt bedeutet, nach der wir alle streben, müssen wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu Prinzipien unseres kollektiven Handelns in Bezug auf die Erreichung unseres ökonomischen Gemeinwohls machen.“

Alle hegemonialen Formierungen zeichnen in dieser Weise kollektive Handlungsoptionen aus – in diesem Sinne haben wir es jeweils mit einem Anspruch auf Vorherrschaft zu tun, berühren nun also den dritten Punkt der oben eingeführten Definition. Um im Feld der hegemonialen Praxis nun wenigstens graduell besser differenzieren zu können, ist es dabei

hilfreich, je nachdem, wie weit dieser Anspruch auf Vorherrschaft diskursive „Verbreitung“ findet, zwischen hegemonialen Projekten und „ausgereiften“ Hegemonien zu unterscheiden. Im Anschluss an diese Unterscheidung läßt sich nun definieren:

Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet.

Wenigstens zwei weitere Erläuterungen sind zum Verständnis dieser Definition notwendig. Erstens zum Begriff des gemeinsamen Willens. Von der Konstituierung eines solchen gemeinsamen Willens spreche ich, wenn sich verschiedene Individuen oder Gruppen von derselben hegemonialen Formierung subjektivieren lassen, wenn sie sich also, vereinfacht gesprochen, den Sinngehalt einer diskursiven Formierung zu eigen machen. Zweitens zum Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kraft: Dieser Begriff wurde gewählt, weil es in der hegemonialen Praxis offensichtlich nicht darum geht, daß es einfach zu möglichst *vielen* Fällen der Subjektivierung kommt. Vielmehr ist relevant, daß mit der Subjektivierung auch die Wahrnehmbarkeit einer Formierung steigt. Als politisch-gesellschaftliche Kräfte sollen daher alle Subjekte bezeichnet werden, die innerhalb von politischen Diskursen – oft aus sehr unterschiedlichen Gründen – besonders gut wahrnehmbar sind. Neben der bloßen Zahl kann diese Wahrnehmbarkeit z.B. auf wissenschaftlicher Kompetenz beruhen oder darauf, Zugang zu den institutionellen Orten politischen Entscheidens zu haben. Grundsätzlich sind Gruppen und Koalitionen gut geeignet, eine oder einige der zahlreichen Bedingungen der Wahrnehmbarkeit zu erfüllen.

Hegemoniale Strategie

Um zu der eben gegebenen Hegemoniedefinition zu gelangen, bin ich bislang ungefähr der Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe gefolgt. Da es nun aber darum geht, sich empirischer Diskursanalyse zuzuwenden, treffen wir auf ein Problem, mit dem viele Leser der Werke von Laclau und Mouffe vertraut sind: der Mangel an Methodologie. Und so stellt sich die Frage, wie man aus dieser *Theorie* des Diskurses und der Hegemonie das methodische Werkzeug für die *Diskursanalyse* gewinnen kann.

Ich möchte vorschlagen, als entscheidendes Scharnier zwischen Theorie und Empirie ein bestimmtes Verständnis der *hegemonialen Strategie* einzusetzen, weil die Konzentration auf die Strategie es uns ermöglicht, die diskursiven Elemente und die Modi, in denen sie arrangiert werden, in den Blick zu nehmen. Es sind diese Modi des Arrangierens und die resultierenden (natürlich niemals völlig festgefügt) Arrangements, denen man dann in Diskursen nachspüren kann. Die Grundüberlegung war, dass jede diskursive Strategie, wenn

sie von einem „temporalen Außen“ in Betracht genommen wird, also nachdem sie zur Anwendung gekommen ist, für den Betrachter als ein Modus des Arrangierens von diskursiven Elementen sichtbar wird. Da es dabei häufig um komplexes Arrangieren geht, erschien es zweckmäßig, von unterteilbaren Strategien auszugehen und ihre Einzelaspekte als „Strategeme“ zu bezeichnen. An diese Grundüberlegung und an die Theorieerwägungen zur Hegemonie anschließend wurde dann das folgende offene Set von neun Strategemen der (offensiv-)hegemonialen Strategie entworfen:

A. Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

(I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen

(II) Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums

(III) Repräsentation

B. Grundlagenstrategem

(IV) Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung

C. Ergänzende hegemoniale Strategeme

(V) emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen

(VI) Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte

(VII) gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze

D. Sekundäre hegemoniale Strategeme

(VIII) Strategem des eigentlichen Verfechters

(IX) Strategem der eigentlichen Bedeutung

Ich möchte an dieser Stelle nicht im Detail auf alle diese Strategeme eingehen (vgl. genauer Nonhoff 2005: Kapitel 5), aber doch wenigstens einige Worte über die ersten drei Strategeme verlieren. Diese nenne ich Kernstrategeme, weil sie als einzige der neun jede hegemoniale Praxis prägen und dabei nahezu immer im Verbund auftreten. Sie laufen darauf hinaus, eine umfassende Forderung, die in Bezug auf das Allgemeine erhoben wird, als hegemoniale Forderung zu etablieren, so dass sie verspricht, durch ihre Erfüllung das Allgemeine selbst zu realisieren und damit *sämtliche* in Bezug auf dieses Allgemeine erhobene Forderungen zu erfüllen. Damit ist die Aufgabe des ersten Strategem auch schon im Wesentlichen umschrieben: Damit eine politische Forderung hegemonial werden kann, muss sie Teil einer Kette von Forderungen werden, die als äquivalente Forderungen verstanden werden, als Forderungen, die miteinander Hand in Hand gehen. Mit Laclau/Mouffe kann man hier von Äquivalenzketten sprechen.

Aber wie ist das möglich? Wie kann eine Vielzahl von Äquivalenzen dort artikuliert werden, wo wir es mit differenten Forderungen zu tun haben? Diese Frage führt uns zu Strategem Nr. II. Wie bereits oben festgestellt wurde, existiert Äquivalenz niemals per se, sondern ist stets Äquivalenz in Bezug auf ein „a“. Im Rahmen der Äquivalenzartikulationen der hegemonialen Strategie ist dieses „a“ nichts anderes als die Kontraritätsbeziehung, in der alle äquivalenzierten Forderungen in Bezug zum Mangel an einem spezifischen Allgemeinen stehen. Diese Überlappung von Äquivalenz und Kontrarität führt schließlich zur Formierung

zweier sich konfrontierender Äquivalenzketten (nennen wir sie P und Q), zwischen denen sich eine antagonistische Grenze konstituiert. Jedes hegemoniale Projekt zielt so darauf ab, den gesamten diskursiven Raum¹ entzwei zu teilen, um so letztlich auf der einen Seite der antagonistischen Grenze (in der Äquivalenzkette Q) alle Elemente des Mangels, der Lethargie und des Widerstands miteinander zu artikulieren und auf der anderen Seite (in der Äquivalenzkette P) alle Forderungen, die nach der Überwindung dieser negativen Kräfte streben.

Womit zu Strategem Nr. III kommen, dem Strategem der Repräsentation: Bislang ist noch offen geblieben, wie es angesichts der Äquivalenz aller Forderungen in der Äquivalenzkette P dazu kommt, dass die Forderung X zum Repräsentanten der Kette wird und nicht die Forderung Z. Um aber zur hegemonialen Forderung zu werden, muss eine Forderung diese Repräsentantenrolle übernehmen. Wie funktioniert das? Gelegentlich wird man zwar Artikulationen unmittelbarer Repräsentation finden können (d.h. Artikulationen der Äquivalenz zwischen einer Forderung und dem Allgemeinen selbst), aber der Erfolg einer Repräsentation wird üblicherweise nicht die Folge solch direkter „positiver“ Artikulationen sein. Wie ich im Folgenden an einem Beispiel zeigen möchte, beruht die erfolgreiche Repräsentation vielmehr darauf, dass die hegemonial werdende Forderung in Kontrarität zu jedem einzelnen Element des Mangels artikuliert zu werden, während die anderen Forderungen der Äquivalenzkette P meist nur zu einigen Elementen des Mangel in Kontrarität stehen. Das Beispiel entstammt einer Analyse des deutschen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurses, in dem die Forderung nach der „Sozialen Marktwirtschaft“ solche Prominenz erlangte.

Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt

Wie ich oben erwähnt habe, baut der funktionalistische Ansatz der Diskursanalyse auf ausführlicher Theoriearbeit auf. Ich habe nun eine Theorie der Hegemonie in Grundzügen umrissen und anschließend eine Konzeption der hegemonialen Strategie solchermaßen skizziert, dass sie die Grundlage für die empirische Analyse bilden kann. Ich werde nun einen kleinen Teil einer Analyse verschiedener Texte vorstellen, die allesamt in den späten 1940er und den 1950er Jahren von Ökonomen, politischen Parteien, Interessengruppen oder im Zuge von Werbekampagnen publiziert wurden. Das Ziel der Analyse besteht darin, die eben dargestellten hegemonialen Strategeme zu rekonstruieren und damit zugleich die Plausibilität der theoretischen Überlegungen aufzuzeigen.

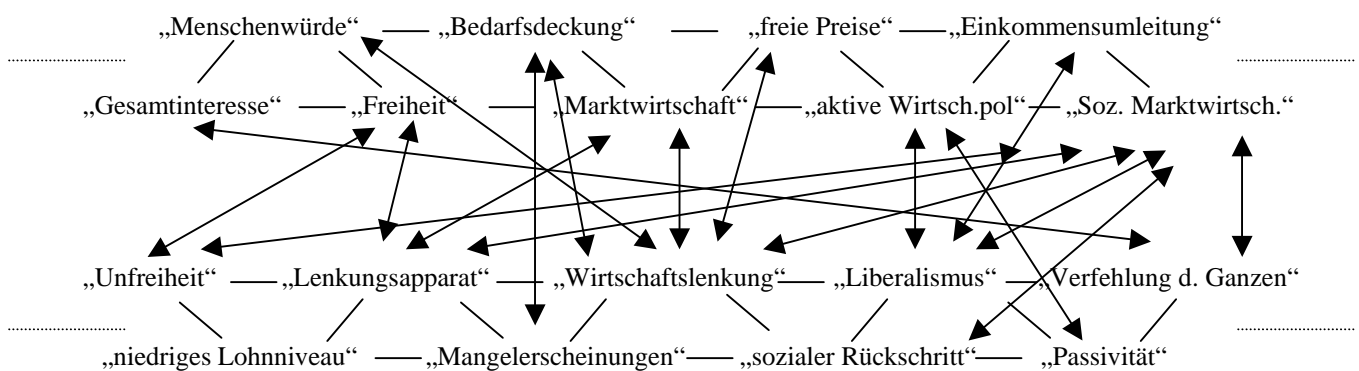
Mein Hauptbeispiel ist Alfred Müller-Armacks Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Müller-Armack 1966[1946]). Das Buch wurde im Dezember 1946 veröffentlicht und gilt als der erste Text, in dem die Konzeption einer „Sozialen Marktwirtschaft“ unter diesem Namen entwickelt wurde. Im Zentrum der Argumentationsführung finden wir ein fehlendes Allgemeines – die mangelnde ökonomische

¹ Wobei die „Gesamtheit“ des diskursiven Raums durch Superdifferenzrelationen abgegrenzt und stabilisiert werden muss.

Prosperität in Nachkriegsdeutschland –, welches zahlreiche Ziel- und Mittelforderungen provoziert. Zielforderungen artikulieren z.B. die Bewahrung der menschlichen Würde, Freiheit, Bedarfsdeckung usw. Forderungen, die Mittel zur Erreichung dieses Ziels konkretisieren, sind z.B. freie Preise und Einkommensumleitung, aber v.a. Marktwirtschaft, aktive Wirtschaftspolitik und Soziale Marktwirtschaft. Auf die eine oder andere Weise zielen alle diese Forderungen auf die Überwindung des Mangels am ökonomischen Allgemeinen und werden in einer Kontraritätsbeziehung zu einem oder mehreren Elementen dieses Mangels artikuliert.

In der folgenden Abbildung finden sich in der oberen Äquivalenzkette (P) einige der wichtigsten, von Müller-Armack vertretenen Forderungen, während in der unteren Äquivalenzkette (Q) die wichtigsten Elemente des zu überwindenden Mangel wiedergegeben sind. Weil die Abbildung bereits in der jetzigen Form komplex ist, sind in ihr *nicht alle* Beziehungen zwischen *allen* Elementen wiedergegeben.

Äquivalenzkette P



Äquivalenzkette Q

- Äquivalenz
- ↔ Kontrarität
- Fortsetzung der Äquivalenzkette

Quelle: eigene Darstellung

Zwei wichtige Schlussfolgerungen lassen sich nun aus dieser Rekonstruktion der Textstruktur von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* gewinnen. Erstens erkennt man, dass die ersten beiden Strategeme (Äquivalenzierung und antagonistische Zweiteilung) operieren und interagieren wie theoretisch beschrieben: Eine große Zahl von Forderungen wird als miteinander Hand in Hand gehend artikuliert, und zwar in Bezug auf die Überwindung des Mangels am ökonomischen Allgemeinen. Zugleich wird der diskursive Raum in zwei antagonistische Hälften geteilt. Zweitens gestatten dieser Text und seine Teilrekonstruktion eine nochmalige Erläuterung des Strategems der Repräsentation. Die Erklärung erfolgt in drei Schritten. Zunächst lässt sich festhalten, dass

jedes Element in P zwar in einer Äquivalenzbeziehung zu allen anderen Elementen in P steht, nicht aber in einer unmittelbaren Kontraritätsbeziehung zu allen Elementen in Q – sondern meist nur zu einigen dieser Q-Elemente; am auffälligsten ist dabei, dass sich keine Kontraritätsrelation zwischen „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ rekonstruieren lässt. Deshalb lässt sich im nächsten Schritt festhalten, dass viele Kontraritätsbeziehungen nur indirekte Beziehungen sind, und dass die Äquivalenzketten einander nur als Komplexe konfrontieren. Schließlich aber können wir auch feststellen, dass es eine Ausnahme von dieser Regel gibt, und zwar den Repräsentanten, die Forderung mit dem hegemonialen Anspruch: „Soziale Marktwirtschaft“. Von allen diskursiven Elementen in P ist es ausschließlich dieses Element, welches in einer Kontraritätsbeziehung zu *allen* Elementen in Q artikuliert wird (auch zu jenen, für die in der Abbildung der Übersichtlichkeit halber die Kontraritätspfeile fehlen). Das bedeutet, dass nur die „Soziale Marktwirtschaft“ das Versprechen in sich trägt, den Mangel in seiner Gänze zu überwinden. Und deshalb ist in diesem Text *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Soziale Marktwirtschaft“ in der Lage, alle anderen Elemente in P zu repräsentieren und zur hegemonialen Forderung zu werden.

Allerdings war Müller-Armacks Text natürlich nur ein Beitrag in einem komplexen und sich fortentwickelnden Diskurs. Nimmt man andere Texte der späten 1940er Jahre genauer in den Blick, so zeigt sich, dass man zu diesem Zeitpunkt noch in keiner Weise von der „Sozialen Marktwirtschaft“ als hegemonialer Forderung im Diskurs sprechen kann. Wie nicht anders zu erwarten, setzten etwa die Sozialdemokraten auf Plan- oder Lenkungswirtschaft, und auch nicht wenige Christdemokraten tendierten in diese Richtung. Auf der anderen Seite sprach auch Ludwig Erhard – Wirtschaftskommissar, späterer Bundeswirtschaftsminister und so genannter „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ –, der Müller-Armacks Denken vergleichsweise nahe stand, bis 1949 nicht von Sozialer Marktwirtschaft. In verschiedenen Ansprachen und Reden des Jahres 1948 schwankte Erhard in seinen zentralen Forderungen zwischen „Währungsreform“ und (nicht modifizierter) „Marktwirtschaft“ (Erhard 1992: 37-85). „Soziale Marktwirtschaft“ kann also bis zum Ende der 1940er Jahre kaum für mehr gehalten werden als für einen Kandidaten für die „Position“ der hegemonialen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderung. Obwohl die CDU die „Soziale Marktwirtschaft“ im Zuge des Wahlkampfes für den ersten Bundestag 1949 zu ihrem wirtschaftspolitischen Slogan machte, gilt dies immer noch für die frühen 1950er Jahre, weil es weiterhin starke Alternativen gab (allen voran den „Demokratischen Sozialismus“ der SPD), und weil die schwere Krise der deutschen Wirtschaft auch unter der beginnenden Ägide der „Sozialen Marktwirtschaft“ bis 1952 anhielt. Als dann jedoch allmählich das „Wirtschaftswunder“ einsetzte, schrieb man diese Erfolge nur zu gerne der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu, und mehr und mehr politisch-gesellschaftliche Kräfte wurden durch die diskursive Formation um die „Soziale Marktwirtschaft“ subjektiviert. Ich konnte in meiner Analyse zeigen, dass während der 1950er Jahre Vertreter differenter und z.T. gegensätzlicher wirtschaftspolitischer Konzeptionen die Forderung nach einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu ihrer eigenen machten, v.a. Vertreter des Neoliberalismus und der katholischen Soziallehre. Dieser Prozess führte

unweigerlich dazu, dass sich die Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ pluralisierte. Aber das Fehlen einer einheitlichen Bedeutung wurde dadurch kompensiert, dass mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ das umfassende Versprechen einher ging, alle ungewollten ökonomischen Ordnungen – Nationalsozialismus, Kommunismus, Sozialismus, „alten“ Liberalismus – im Zaum zu halten, wodurch eine für manchen Beobachter doch recht überraschende „Koalition des Mangels“ entstand. Doch das hegemoniale Potenzial ging noch über die sich formierende konservativ-liberal-sozialkatholische Koalition hinaus: Nachdem die Sozialdemokraten bereits 1957 für die Rentenreformen² gestimmt hatten, reformulierten sie ihre wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen im Godesberger (Grundsatz-)Programm von 1959 so, dass sie weitestgehend mit den Forderungen übereinstimmten, die typischerweise im Zusammenhang mit der Forderung nach einer „Sozialen Marktwirtschaft“ gestellt wurden. Dabei verwendete die SPD zwar noch nicht den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ selbst (dieses Zögern hielt in der Programmatik bis in die frühen 1990er Jahre an). Weil es sich aber substantielle Forderungen, die bis dahin üblicherweise mit der Sozialen Marktwirtschaft artikuliert wurde, zu eigen machte, kann das Godesberger Programm der SPD als entscheidender Schritt auf dem Weg zum Erfolg dieses hegemonialen Projektes gelten.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (1993): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*. Herausgegeben von Ursula Ludz. Vorwort von Kurt Sontheimer. München, Zürich: Piper.
- Erhard, Ludwig (1992): *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf u.a.: ECON.
- Foucault, Michel (1997[1969]): *Archäologie des Wissens*. 8. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (Hrsg.) (1994): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso.
- (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- (2000a): „Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 44-89.
- (2000b): „Structure, History, and the Political“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 182-212.
- (2000c): „Constructing Universality“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 281-307.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Lefort, Claude (1990[1983]): „Die Frage der Demokratie“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 281-297.

² Interessanterweise wurden diese Reformen, obwohl ausgerechnet Ludwig Erhard gegen sie opponierte, als praktisches Kernstück der „Sozialen Marktwirtschaft“ anerkannt.

- Lefort, Claude und Marcel Gauchet (1990[1976]): „Über die Demokratie: Das Politische und die Instruktion des Gesellschaftlichen“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 89-122.
- Müller-Armack, Alfred (1966[1946]): „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“. In: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach. S. 19-170.
- Nonhoff, Martin (2005): *Politischer Diskurs und Hegemonie*. Bielefeld: Transcript (im Erscheinen).
- Schmitt, Carl (1996[1932]): *Der Begriff des Politischen*. 4. Nachdruck der Ausgabe von 1963. Berlin: Duncker & Humblot.

Social Market Economy as a Hegemonic Project An Exercise in Functionalist Discourse Analysis

Martin Nonhoff

Introduction

In the course of the last few weeks, we have been witnessing the onset of federal election campaigning in Germany. Being in a more or less desperate situation, many leading Social Democrats have been eager to frame the economic and social policy part of their campaign – and there will obviously not be much campaigning outside of these policy fields – by pointing the necessity to continue the “social market economy”-approach of the red-green government while at the same time attributing the label “market radicalism” to the set of conceptions put forward by the opposition parties. The appeal to “social market economy”, however, is of course by no means a privilege of Social Democrats. On the contrary, it was the CDU who introduced this conception to political discourse in the late 1940s and espoused it throughout the last fifty-some years. Today, the Christian Democrats call for a “new social market economy” – and they are accompanied in this by mostly business-funded civil society organisations such as the “Initiative New Social Market Economy”. Taking all this together, it appears justified to speak of a hegemony in the discourse of economic and social policy which centres around the social-market-economy conception. In this paper, I will try to shed some light on the functioning of this hegemony and on the mechanisms of discursive hegemonies in general.

Functionalist Discourse Analysis

I will do so in the course of what can be called a functionalist discourse analysis. This form of discourse analysis aims neither at mapping a certain discourse (as spatial discourse analysis would do) nor at scrutinising particular moments of discursive change or rupture (as temporal discourse analysis would do). Rather, functionalist discourse analysis aims at understanding how specific functions or mechanisms of discourse work – in this case, hegemony. As it focuses on general qualities of discourse, it is sensible for any functionalist discourse analysis to start from some thorough theoretical grounding, and then to proceed to an empirical analysis in order to test the plausibility of that theoretical grounding, and to deepen and improve it.

The following rests on the basic theoretical assumption that hegemony can be described as a (a) discursive and (b) political form of (c) dominance. In the next three steps, I will examine what these three attributes mean, and how they interact. I will end up with a working

definition of hegemony from which the hegemonic strategy can be deduced. It is the workings of this hegemonic strategy which then can be reconstructed in empirical analysis. Before following this line-out, however, it should not remain unmentioned that my analysis draws particularly on the work of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe (vgl. v.a. Laclau/Mouffe 1985; Laclau 1994; 1996; 2000a; 2000b; 2000c).

Discourse

Discourse can be understood as a complex societal process of the production of meaning. As such, it is characterised particularly by two qualities: On the one hand, it rests on difference, or, to put it more precisely, on acts of differentiation between elements which become distinct discursive elements only because of and after the differentiation.³ These discursive acts can be called articulations (cf. Laclau/Mouffe 1985: 105). On the other hand, discursivity and meaning are marked by inevitable instability because the processes of differentiation are continuously ongoing. This is not to say, however, that there are no regions within discursive space which might be relatively stable. On the contrary, partial and temporary stability is necessary, because otherwise no differentiation at all would be possible. We are therefore left with a discursive space that is continuously being reproduced by discursive acts of differentiation, but which is not completely un-fixed—just as it is not entirely fixed.

This very brief overview of some discourse theoretic foundations allows us to draw two important conclusions: First, conceiving hegemony as a discursive phenomenon necessarily leads us to a dynamic conception: Hegemony must not be understood as a static arrangement, but as a certain praxis of the ongoing (re-)articulation of discursive elements. Secondly, like any other discursive element, “social market economy” cannot be considered to have a fixed meaning. To contend that there exists such a given meaning, must be considered a hegemonic move in itself.

The aforementioned instability of discourse, in combination with the fact of continuously ongoing articulation leads to a problem once we turn to discourse analysis, since due to all this complexity and mobility any attempt at describing a full set of discursive elements and their (changing) meanings within discourse appears to be a futile enterprise. Within a functionalist discourse analysis framework, however, this problem is less severe because mapping a given discourse is not the goal of such an analysis anyway. Since it scrutinises discursive mechanisms, functionalist discourse analysis will aim less at reconstructing specific discursive elements, but will instead examine which relations and patterns of relations evolve between these elements. Therefore, what is needed as a tool, is a set of the *kinds of relations* that can be established between discursive elements. While the number of discursive

³ Among the many linguistic and social theories that hold that meaning is possible only as an effect of difference and differentiation, one can name structuralism, many shades of post-structuralism, systems theory etc.

elements is immeasurable, this set of possible kinds of relations between elements can be expected to be quite small – as already Foucault (1997[1969]: 172-175) has argued. A different discourse theory, the one of Laclau and Mouffe operates with only two kinds of relation: difference and equivalence. My own analyses, however, led me to the conviction that the politico-discursive process can be better understood if one assumes four kinds of discursive relations two of which (difference and equivalence) are taken from Laclau/Mouffe:

Drawing on the aforementioned, the basic relation of any two discursive elements can only be difference: “x is different from y”. If there were only difference, however, the discursive space would be a structured, but nevertheless an even space without any particular marks or breaches. In order to “terraform” the “landscape” of discourse, difference needs to be superposed in some way. The three kinds of superposition I work with are:

- super-difference: “x is different from y, and it is in no way connected to y”. This kind of discursive relation is rare, but powerful. It is necessary to separate different discourses, e.g. a discourse of justice from one of efficiency. In other words, super-difference relations constitute the outside of a discourse within the discursive space.
- equivalence: “x is different from y, but coincides with y in relation to a”.
- contrariness: “x is different from y, and in relation to a it is contrary to y”.

Relations of equivalence and contrariness are very common in hegemonic praxis, and it will be easy to grasp their functioning in the following analysis. Here, it should only be added, that relations of contrariness and of equivalence can overlap: “x and z (are different but) coincide insofar as they are contrary to y”.

The Political and Political Discourse

I have pointed out that hegemony resembles a specific praxis of ongoing (re-)articulation. On the one hand, the specificity of this praxis will be found in the pattern of relations that hegemonies regularly form. On the other hand, as we are analysing the space of political discourse, we may assume that the pattern of hegemonies will in one way or another be built upon the pattern of the political. Without delving too deep into theories of the political we may say that there are two dominant traditions. One, associated with Carl Schmitt (particularly Schmitt 1996[1932]), conceives conflict as the decisive quality of the political. The other, often related to the thinking of Hannah Arendt (particularly Arendt 1993), views the political as having an inextricable connection with the common, or the universal of a given group of citizens. While both traditions have often been considered to be irreconcilable, one could also see them as necessarily interconnected. Roughly following Claude Lefort (1990[1983]; 1990[1976]), we understand that both conflict *and* the universal are necessary parts of the political precisely because the place of the universal is an empty (and imaginary) place. Although this empty place can never be filled in the last instance, its emptiness

provokes a continuous conflict about how to fill it. In other words: Because the universal exists only as lack, because it can never be realised in a truly satisfying manner, its symbolic filling is constantly contested.

There is not only one universal in the political realm. Rather, we should assume a variety of specific imaginary universals—such as security, justice, prosperity—and this assumption should be reflected in our understanding of political discourse. All this said, a political discourse can be defined as a discourse in which there is disagreement and conflict about the symbolic occupation of the empty place of a specific imaginary universal. Let us look, for example, at the German economic policy discourse of the late 1940s and the 1950s around the “social market economy”. It can be analysed as a political discourse because it sets the stage for a confrontation of different and conflicting possibilities as to how a specific imaginary universal—the prosperity of Germany—should be realised, i.e. how the imaginary universal should be symbolised.

Hegemony

Now that we have sketched out the basic pattern of political discourse we can go ahead with the conceptualisation of hegemony. Hegemony involves some kind of discursive dominance that relates to the conditions of the political environment. I want to argue that the core of any hegemonic formation will consist of an encompassing demand which is articulated with respect to a specific universal. This demand being encompassing means that all other demands raised with respect to that same specific universal will be subsumed from a singular place of articulation (which will often be the reason for ensuing conflict). A typical encompassing demand could be:

“As long as the economic order of a social market economy is realised, there will also exist the general prosperity to which we all aspire. Thus, because social market economy will lead to general prosperity, we must accept the principles of social market economy as the guiding principles for our collective actions concerning our economic common good.”

In this or a similar way, all hegemonic formations distinguish options of collective action. In such an encompassing demand and the mode of collective action it purports, we can find the typical hegemonic claim to dominance. However, such claims to dominance obviously will be successful to quite different degrees. In order to at least gradually take into regard the varying success of hegemonic formations, it is, therefore, useful to differentiate between hegemonic projects and full-fledged hegemonies. In a flexible discursive environment, one can develop into the other (both ways), and therefore both have to part of one definition:

A hegemonic project can be called successful and hegemony can, correspondingly, be regarded as established to the extent to which, within discursive praxis, a diffuse

collective desire for an imaginary universal does not only give rise to a concrete, encompassing demand aimed at overcoming a lack of the universal and centred around a symbolic equivalent of the universal; but to the extent to which that demand will in fact and across a longer period of time be disseminated as the common will of the politico-societal forces.

At least two more explanations are necessary to understand this definition: Firstly, concerning the term “common will”: I will speak of the constitution of a common will whenever different individuals or groups become subjects of the same discursive formation, whenever they, in other words, adopt the structure of meaning put forward by that formation. Secondly, concerning the term of a “politico-societal force”: I chose this term, because, obviously, hegemonic practice does not simply aim at an ever greater number of subjectivations. Rather, the interesting question is whether an increasing degree of subjectivation also raises the perceptibility of a discursive formation. Therefore, the term “politico-societal force” refers to all those subjects which are or become particularly perceptible within a given politico-discursive field. Perceptibility can have quite different reasons, only one of which is the sheer size of a group; others are, for example, academic competence or access to the institutional site of decision-making. Usually, groups and coalitions are well suited to meet the conditions of perceptibility.

Hegemonic Strategy

So far, in the course of developing the definition of hegemony just given, I very roughly followed Ernesto Laclau’s and Chantal Mouffe’s theory of hegemony. Now, however, as we are about to turn to empirical discourse analysis, we are facing a problem that many social scientists studying Laclau’s and Mouffe’s work are familiar with: How can we translate a theory of discourse and hegemony into a set of methodological guidelines for discourse analysis?

I want to propose that a very helpful hinge between theoretical and empirical analysis can be found in a specific conceptualisation of *hegemonic strategy*. The reason for this is that looking at strategy allows us to turn to the level of discursive elements and to the modes of arranging them; and these modes of *arranging* as well as the resulting (never entirely fixed) *arrangements* can be traced in discourse. The basic idea behind the turn to strategy is that by observing any discursive strategy “from a temporal outside”, i.e. after it has been employed, this strategy will be visible as a certain mode of arranging discursive elements across time and discursive space. Since this will often leave us with rather complex processes of arranging, it appeared helpful to separate a discursive strategy into what can be called its “strategemes”.

Following this basic idea as well as the theoretical considerations just outlined, one can develop an open set of nine strategemes, forming the offensive hegemonic strategy:⁴

A. Core strategemes of the offensive hegemonic strategy

- (I) Articulation of equivalences between different demands made with regard to the universal
- (II) Antagonistic division of the discursive space
- (III) Representation

B. Basic Strategeme

- (IV) Setting the limits of a specific discourse: articulations of super-difference

C. Supplementary hegemonic strategemes

- (V) Emerging vagueness of the symbolic equivalent of the universal
- (VI) (Re-)Articulation of subject positions for politico-societal forces
- (VII) Occasional but deliberate breaking of the antagonistic line of division

D. Secondary hegemonic strategemes

- (VIII) Strategeme of true championship
- (IX) Strategeme of true meaning

Here, I will outline only the first three strategemes (strategemes V-IX are explained in detail in Nonhoff 2005: 229-237). These three can be called core strategemes because (1) of all nine (and possibly more) strategemes only they form part of nearly every hegemonic process; and (2) they will usually be interconnected. The core strategemes result in establishing an encompassing demand, that is made with respect to a specific universal, as a hegemonic demand insofar as it will promise that its satisfaction will realise the universal itself and will, coincidentally, lead to the satisfaction of *all* demands that relate to that same specific universal. This already alludes to the function of the first strategeme: In order for a demand to become hegemonic it has to be part of a chain of demands that are considered as equivalent demands, as demands going hand in hand. Following Laclau/Mouffe, one can speak of the formation of a chain of equivalence.

But how is it possible to articulate numerous equivalences if what we're dealing with are different demands? This question leads to strategeme no. II. As has been argued above, equivalence is never equivalence per se, but always equivalence with respect to some "a". In hegemonic strategy, this "a" consists of the contrariness of all equivalent demands to the lack of the specific universal. In other words, all the "equivalentialised" demands are articulated as parts of a project to overcome the lack of the specific universal. Eventually, this leads to a formation of two confronting chains of equivalence (P and Q) establishing between each other an antagonistic divide. A hegemonic project will always aim at splitting up the entire

⁴ The offensive hegemonic strategy is probably the most interesting case, as it explains how hegemonies that exist developed in the first place. I have elaborated on the defensive hegemonic strategy and the possibilities of anti-hegemonic strategies elsewhere (Nonhoff 2005: 237-39).

discursive space⁵ in order to leave us with an antagonistic division between the elements of lack, lethargy, and resistance on the one hand (chain of equivalence Q) and the demands to overcome these negative forces on the other (chain of equivalence P).

Finally, strategeme no. III (representation): As of now it is yet unclear how, if all the demands in the chain of equivalence P are equivalent, x should become representative of the chain, and not z. In order to constitute a hegemonic demand, a demand has to become representative of the P-chain-of-equivalence. Although at times there can be found direct articulations of representation (i.e. articulations of equivalence between a particular demand and the universal itself), the success of representation will usually not depend on such an immediate “positive” representation. Rather, successful representation rests on the hegemonic-to-be demand’s quality to be articulated in immediate contrariness to each and every element of lack, while the other elements of “its” chain of equivalence are oftentimes contrary to only some of the elements of lack.

I will flesh out the workings of this and the other two core strategemes in the ensuing examples from the empirical analysis of the economic and social policy discourse in the course of which the demand for “social market economy” came to be so important.

Social Market Economy as a Hegemonic Project

As I mentioned above, a functionalist approach to discourse analysis is grounded thoroughly in theory. I have now outlined a theory of hegemony, and then sketched out a conception of hegemonic strategy in such a way that it can form the basis for empirical work. In the following, I will present a small part of an analysis of several texts that were published in the late 1940s and 1950s from economists, political parties, interest groups, and in the course of advertisement campaigns. The aim of the analysis is to reconstruct the hegemonic strategemes just outlined and, correspondingly, to underline the plausibility of the theoretical considerations.

My main example is the book *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Planned Economy and Market Economy) by Alfred Müller-Armack (1966[1946]). The book was published in December 1946 and counts as the first text in which a conception of “social market economy” was developed under that name. At the centre of the argument we find a lacking universal—the lacking material well-being of postwar Germany—which provokes demands for ends and means. Demands espousing ends articulate, for example, the preservation of human dignity, freedom, the satisfaction of material needs etc. Demands which concretise means are, for example, market economy, active economic policy, and social market economy. In one way or another, all these demands are aimed at overcoming the lack of the economic universal and

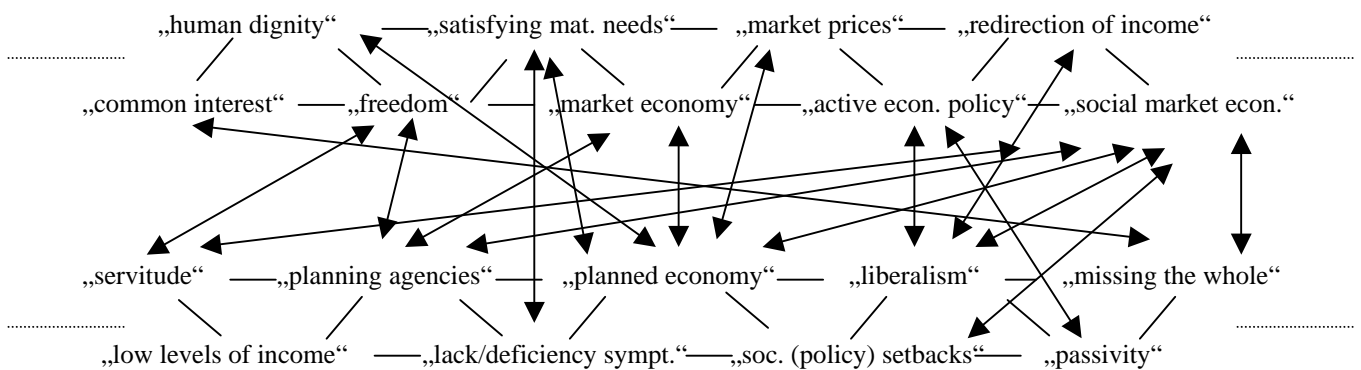
⁵ The „entire“ discursive space is that of a given discourse the limits of which are delineated by articulations of super-difference (i.e. strategeme IV, cf. Nonhoff 2005: 229-232).

are articulated in a relation of contrariness to one ore more elements of that lack. [The diagram on the following page gives an overview of the central structure of the text's hegemonic strategy.]

The top chain of equivalence (P) shows some of the most important demands espoused by Müller-Armack, while the bottom chain of equivalence (Q) shows the most important aspects of the lack that is to be overcome. As the diagram is complex enough as it is, I have *not* put in *all* the relations that can be found between *all* the given elements. Two important conclusions can be drawn from the reconstruction of this text's structure: First, we recognise that indeed the first two strategemes interact in the way described in theory: A large number of demands

Diagram 1: Reconstructing strategemes I and II in Alfred Müller-Armacks *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*

chain of equival. P



chain of equival. Q

- equivalence
- ↔ contrariness
- continuation of the chain of equivalence

is articulated as going hand in hand with respect to overcoming the lack of the economic universal. Correspondingly, the discursive space is divided into two antagonistic halves. Secondly, this text and its part reconstruction in this diagram allow for explaining with some more clarity the functioning of the strategeme of representation. The explanation proceeds in three steps: First, while every discursive element of P is in a relation of equivalence to all other elements of P, it is not in an immediate relation of contrariness to all the elements of Q – only to some of them; most conspicuously, no contrariness between “market economy” and “liberalism” can be found. Therefore, secondly, many relations of contrariness will only be indirect relations, and the chains of equivalence are contrary to each other only as compounds.

Thirdly, however, and this is where representation comes back in, the exception of this rule is the representative, the hegemonic-to-be demand: social market economy. This discursive element alone of all the elements in P is articulated in a relation of contrariness to *all* the elements in Q (even to those where the two-way arrows are missing in the diagram). This means that only “social market economy” will be able to overcome all the elements of the lack. And thus, “social market economy”—in this text—is in a position to represent all the other demands of P and to become the hegemonic demand.

However, Müller-Armack’s text was, of course, only one contribution to a slowly developing discourse. A closer look at other texts of the late 1940s shows that the call for “social market economy!” was by no means yet a hegemonic demand. Expectedly, the Social Democrats preferred a socialist planned economy, but even many Christian Democrats tended in that direction. On the other hand, the later federal minister of economic affairs and so-called “father of social market economy”, Ludwig Erhard, who was comparatively close to Müller-Armack’s thinking, did not speak of “social market economy” until 1949. In several speeches and addresses he gave in 1948, Erhard’s central demand shifted mainly between “monetary reform” and (unqualified) “market economy” (cf. Erhard 1992: 37-85). Thus, “social market economy” cannot be considered to be more than a candidate for the position of the hegemonic demand throughout the late 1940s. Although the CDU took it up as their economic and social policy slogan for the first Bundestag elections in 1949, this holds still true for the time after 1949, because there were still strong alternatives around (first and foremost “democratic socialism”), and the German economy was facing severe challenges up to about 1952. When the *Wirtschaftswunder* started, however, these successes were readily attributed to “social market economy”, and more and more politico-societal forces became subjectivated by the discursive formation around “social market economy”. My analysis showed that during the 1950s different and sometimes conflicting conceptions of economic policy were keen to subscribe to the demand for “social market economy”, most conspicuously neo-liberalism and social catholic thought. Of course it was inevitable that this process more and more dispersed what there might have been of an original meaning of “social market economy”. But the missing unitary meaning was compensated by the encompassing promise of “social market economy” to keep at bay all the unwanted economic orders—national socialism, communism, socialism, “old” liberalism—thus forming a rather surprising “coalition of lack”. But the hegemonic potential went even beyond the forming conservative-neoliberal-social catholic coalition: After having already voted for the pension reform of 1957⁶, the Social Democrats in their *Godesberger Programm* of 1959 reformulated their economic policy guidelines in far-reaching accordance with the demands typically

⁶ Although Ludwig Erhard opposed it, this reform became the practical cornerstone of “social market economy’s” public success

associated with “social market economy”. In this, the SPD yet refrained from using the term “social market economy” itself, and in their programmatic writings it should continue to do so until the 1990s. However, by taking up substantial demands until then usually articulated with “social market economy”, the SPD’s *Godesberger Programm* can be considered a crucial step towards the success of this hegemonic project.

Works Cited:

- Arendt, Hannah (1993): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*. Herausgegeben von Ursula Ludz. Vorwort von Kurt Sontheimer. München, Zürich: Piper.
- Erhard, Ludwig (1992): *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf u.a.: ECON.
- Foucault, Michel (1997[1969]): *Archäologie des Wissens*. 8. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (Hrsg.) (1994): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso.
- (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- (2000a): „Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 44-89.
- (2000b): „Structure, History, and the Political“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 182-212.
- (2000c): „Constructing Universality“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 281-307.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Lefort, Claude (1990[1983]): „Die Frage der Demokratie“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 281-297.
- Lefort, Claude und Marcel Gauchet (1990[1976]): „Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 89-122.
- Müller-Armack, Alfred (1966[1946]): „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“. In: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach. S. 19-170.
- Nonhoff, Martin (2005): *Politischer Diskurs und Hegemonie*. Bielefeld: Transcript (im Erscheinen).
- Schmitt, Carl (1996[1932]): *Der Begriff des Politischen*. 4. Nachdruck der Ausgabe von 1963. Berlin: Duncker & Humblot.